

Österreich plant Importverbot kommerzieller Hai-Produkte

IMPORTVERBOT VON HAI-PRODUKTEN AUF NATIONALER EBENE VON ALLEN FÜNF PARLAMENTSPARTEIEN GEFORDERT

Die Pressekonferenz am 6. Dezember 2022 im Naturhistorischen Museum in Wien, unterstrich die Einstimmigkeit der Parlamentsparteien. Die Teilnehmer:Innen:

Lukas Hammer, Umweltsprecher der Grünen und Vorsitzender des Umweltausschusses, ÖVP-Abgeordneter Joachim Schnabel, Julia Herr, Umwelt- und Klimaschutzsprecherin der SPÖ und Michael Bernhard, Umwelt- und Klimaschutzsprecher der NEOS bedankten sich bei Gabriela Futterknecht, Sharkproject International für die wichtige Aufklärungsarbeit von Sharkproject in Bezug auf Haie, deren Wirken in den marinen Ökosystem und ihrer bevorstehenden Ausrottung.

Ab 2023 wird zwar der internationale Handel von 90% aller Haiarten, die wegen ihrer Flossen gehandelt werden, (durch das Washingtoner Artenschutzabkommen) reguliert werden, aber nur wenn wir es schaffen die Haipopulationen weltweit durch effektive Managementmaßnahmen und eine Regulierung der Fischerei zu stabilisieren werden sie auch zukünftig ihrer Rolle zum Erhalt des Gleichgewichtes in den Ozeanen nachkommen können. „Dies betrifft auch uns Österreicher:Innen, da wir jeden zweiten Atemzug aus dem Meer beziehen“, so Lukas Hammer.

Die gesundheitliche Gefährdung durch mit Methylquecksilber belastetes Haifleisch ist ein weiterer Aspekt ein Importverbot gesetzlich zu erwirken, betont Gabriela Futterknecht. Durch Pseudonamen wie Schillerlocke, Seeaal, Dornfisch, etc. werden Konsumenten in die Irre geführt und wissen nicht, dass sie Haiprodukte konsumieren. Durch mangelnde Kennzeichnung z.B. in Kosmetikprodukten, Nahrungsergänzungsmitteln uvm. kann nicht nachvollzogen werden, dass Hai, in Form von Squalen, welches aus der Haileber gewonnen wird, enthalten ist. Es gibt Alternativen, da Squalen auch aus Pflanzen oder biotechnologisch hergestellt werden kann. Ein entsprechendes Forschungsprojekt läuft an der TU Graz unter Prof. Harald Pichler und seinem Team.

Joachim Schnabel setzt auf Bewusstseinsbildung und Michael Bernhard betont, dass der Konsum eingeschränkt werden muss. Julia Herr verwies auf die Überfischung auf unseren Weltmeeren und deren verheerende Auswirkungen für uns alle und sieht die Initiative als alternativlos.

Sharkproject wird bei der kommenden Nationalratssitzung als Gast anwesend sein, wenn der Nationalrat den Beschluss für ein Gesetz zum Importverbot von kommerziellen Haiprodukten beschließt.

Für weltweite gesunde Haipopulationen setzt sich Sharkproject ein. Mit Ihrer Unterstützung können wir Kampagnen und Projekte umsetzen und bitten daher um Spenden: <https://www.sharkproject.org/mitmachen/spenden/>

Informationen zum Umweltausschuss:

https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXVII/A-UM/A-UM_00001_00898/index.shtml

Informationen zur Presseaussendung Umweltausschuss:

https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20221206_OTS0206/umweltausschuss-fordert-importverbot-von-hai-produkten-und-planungs-stopp-fuer-small-modular-reactors-in-tschechien

Printmedien Österreich:

<https://kurier.at/wirtschaft/parteien-einig-bei-importverbot-kommerzieller-haiprodukte/402250152>

<https://www.derstandard.at/story/2000141559364/parteien-einig-bei-importverbot-kommerzieller-haiprodukte>

Pressekontakt:

Gabriele Futterknecht, Tel.: +43 676 5054505, g.futterknecht@sharkproject.org

SHARKPROJECT ist eine Artenschutzorganisation, die sich für den Schutz der Haie und ihres marinen Lebensraumes einsetzt. Neben Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit zu Meeresschutzthemen engagiert sich SHARKPROJECT v.a. auch für ein globales Umdenken in Bezug auf die Nutzung unserer Meere, wirklich nachhaltige Fischerei, Beifangreduzierung und die Errichtung von Schutzgebieten. Alle Mitarbeitenden arbeiten ehrenamtlich und alle Spendengelder kommen direkt Haischutz-Projekten zugute. Neben der Dachorganisation SHARKPROJECT International gibt es Landesorganisationen in Österreich, Deutschland und der Schweiz. SHARKPROJECT ist Mitglied der Deep Sea Conservation Coalition (DSCC) und setzt sich für ein Moratorium gegen den Tiefseebergbau und die Einstellung von zerstörerischen Fangmethoden ein.